

HAUPTSTADT

Drei Milliarden für Flughafen Schönefeld?

Die Privatisierung des geplanten Großflughafens Schönefeld könnte für Berlin, Brandenburg und den Bund weit teurer werden als erwartet. Mehr als zwei Milliarden Mark müssten Bund und Länder nach dem Kaufangebot, das ein privates Konsortium um den Baukonzern Hochtief abgegeben hat, über ihre Planungsfirma PPS zuschießen. Die PPS soll Grundstücke für 600 Millionen Mark erwerben, die anschließend den privaten Bauunternehmen gegen einen symbolischen Pachtzins zur Verfügung gestellt werden. Staatliche Stellen sollen außerdem die Verkehrsanbindung (Kosten: rund 500 Millionen), die Beseitigung von Altlasten (rund 80 Millionen) sowie Umsiedlungen (etwa 60 Millionen) bezahlen. Inklusive weiterer Risiken könnte der Zuschuß sogar bis zu drei Milliarden Mark betragen. Die Privaten selbst wollen dagegen nur 50 Millionen für die Übernahme der gesamten Flughafen-Holding zahlen – ein „nicht verhandelbares Angebot“, so Berlins



Wowereit,
Flughafen Berlin-Schönefeld

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD).

Der Aufsichtsrat der PPS will deshalb möglicherweise schon in der kommenden Woche beschließen, den Airport in Eigenregie zu bauen. Pläne dafür liegen bereits in der Schublade. Demnach soll Schönefeld erst im Anschluss an die Eröffnung privatisiert werden. Das Sze-

GRÜNE

Bye-Bye, „Bündnis 90“

Führende ostdeutsche Bürgerrechtler fordern die Streichung der Bezeichnung „Bündnis 90“ aus dem Parteinamen Bündnis 90/Die Grünen, den die Partei seit der Fusion 1993 von westdeutschen Grünen und den im Bündnis zusammengeschlos-

nete Konrad Weiß. Auch Hans-Jürgen Fischbeck, der 1989 gemeinsam mit anderen die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt gegründet hatte, hält den heutigen Namen der Bundespartei für „Etikettenschwindel“. Aus der Partei sei „keine gesamtdeutsche Bürgerbewegung geworden“. Der frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Joachim Gauck, der einst zum Neuen Forum gehörte, sieht in der Bezeichnung Bündnis 90 heute nur noch eine „Erinnerung daran, dass es einmal eine erfolgreiche Demokratiebewegung in Deutschland gegeben hat“. Insgesamt sei die Partei jedoch „die grüne Partei Westdeutschlands geblieben“. Dem Vorschlag des ostdeutschen Grünen-Politikers Werner

Schulz, mit einem öffentlichen Fest die Vereinigung der drei Bürgerbewegungen zur Partei Bündnis 90 vor zehn Jahren ähnlich „wie den 18. und 20. Geburtstag der Grünen“ zu würdigen, war der Bundesvorstand nicht gefolgt. Schulz organisiert nun eine private Feier.



Templin



Gauck

senen drei wichtigsten DDR-Bürgerrechtsbewegungen trägt. „Die Bundespartei sollte auf die Formulierung verzichten“, so Wolfgang Templin, einstiger Mitbegründer der 1990 im Bündnis 90 aufgegangenen Initiative Frieden und Menschenrechte und der frühere Bundestagsabgeord-

JUSTIZ

Deal für Rocker-Bosse

Wegen Überlastung der Hamburger Justiz dürfte der Prozess gegen führende Mitglieder der bundesweit agierenden Rockerbande „Hells Angels“ für die Angeklagten glimpflich ausgehen. Den vier Rockern werden Zuhälterei, Förderung der Prostitution und Verstöße gegen das Ausländergesetz vorgeworfen. Obwohl die Staatsanwaltschaft ursprünglich Haftstrafen von zehn Jahren angepeilt hatte, sollen nun nach einer Absprache zwischen Verteidigern und Justiz selbst die beiden Hauptbeschuldigten mit vier Jahren und acht Monaten Freiheitsstrafe davonkommen. Weil die zuständige Strafkammer den Prozess wegen Überlastung nicht rechtzeitig terminieren konnte, drohte die Freilassung der Beschuldigten – ausgerechnet kurz vor der Bürgerschaftswahl in der Hansestadt, wo die SPD den Verlust der Macht befürchten muss. Deshalb, kritisieren Ermittler, habe eilends auf Druck der Behördenleitung eine Kammer zusammengestellt werden müssen. Solche Einzelfallbesetzungen aber können Anwälte anfechten. Dennoch verzichteten die Verteidiger erstaunlicherweise auf eine Besetzungsrüge vor dem Bundesge-



Festnahme eines Hells Angels

richtshof, die nach Expertenansicht gute Chancen auf Erfolg gehabt hätte. Das Gericht, kritisiert ein Ermittler, sei „in gewisser Weise erpressbar“ gewesen. Die Hamburger Justizbehörde wies jede Verantwortung von sich. „Damit hatten wir nichts zu tun, das war allein Sache der Gerichte“, so eine Sprecherin.